

Linksextremismus

## 4.1 Mitglieder-Potenzial<sup>89</sup>

Linksextremismus-Potenzial Bundesrepublik Deutschland <sup>90</sup>	2024	
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten	28.800	
Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten <sup>91</sup> sowie Anarchisten <sup>92</sup>	11.200	
Summe	40.000	
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften	38.000	
Davon gewaltorientierte Linksextremisten	11.200	
Linksextremismus-Potenzial Niedersachsen <sup>93</sup>	2024	2025
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten	435	435
Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten <sup>94</sup> sowie Anarchisten <sup>95</sup>	840	855
Summe	1.275	1.290

89 Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet.

90 Die Zahlen des Mitglieder-Potenzials für die Bundesrepublik Deutschland lagen für das Berichtsjahr bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Daher werden nur die Zahlen des Vorjahres genannt.

91 In die Statistik sind nicht nur tatsächlich als Täter/Tatverdächtige festgestellte Personen einbezogen, sondern auch solche Linksextremisten, bei denen lediglich Anhaltspunkte für Gewaltbereitschaft gegeben sind. Erfasst sind nur Gruppen, die feste Strukturen aufweisen und über einen längeren Zeitraum aktiv waren. Das Mobilisierungspotenzial der „Szene“ umfasst zusätzlich mehrere tausend Personen.

92 Das Mitglieder-Potenzial umfasste auch bisher schon die Anarchisten, ohne diese ausdrücklich zu nennen.

93 Auf den Abzug von Mehrfachmitgliedschaften in Höhe von circa zwei Prozent wie beim Bund ist verzichtet worden.

94 Die Fußnote 91 gilt entsprechend auch für Niedersachsen. Darüber hinaus wird hier noch das unorganisierte Spektrum abgebildet.

95 Das Mitglieder-Potenzial umfasste auch bisher schon die Anarchisten, ohne diese ausdrücklich zu nennen.

## 4.2 Einführung

Für die Ideologie des deutschen Linksextremismus sind die beiden ideengeschichtlichen Grundströmungen des 19. Jahrhunderts, Marxismus und Anarchismus, von fundamentaler Bedeutung. Linksextremisten greifen die in der amerikanischen Menschenrechtserklärung von 1776 und die in der Französischen Revolution von 1789 proklamierten Werte Freiheit und Gleichheit in radikaler Zuspitzung auf. Sie wollen den demokratischen Rechtsstaat zum Teil auch auf revolutionärem und gewaltsamem Wege überwinden, um ihn durch eine klassenlose bzw. herrschaftsfreie Gesellschaft zu ersetzen.

Kommunistische Gruppierungen wollen das bestehende politische System zerschlagen und streben über die Errichtung einer Diktatur des Proletariats unter Führung einer „proletarischen Avantgarde“ das Absterben des Staates und seinen Ersatz durch eine klassenlose Gesellschaft an. Marxistisch-leninistische Organisationen wie die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) und die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD), halten daher an der Idee einer Revolution der Arbeiterklasse fest. Demgegenüber propagieren anarchistische Gruppierungen die Überwindung des bestehenden politischen Systems auf dem Wege massenhaften zivilen Ungehorsams<sup>96</sup> und „vorbildhafter“ Selbstorganisation. Da Anarchisten generell den Staat, seine Institutionen und Repräsentanten ablehnen, streben sie unmittelbar nach einer erfolgreichen Revolution eine herrschaftsfreie Gesellschaft an. Linksextremistische Organisationen stimmen in der Notwendigkeit einer revolutionären Veränderung der bestehenden Verhältnisse überein, die das internationale Zusammenwirken aller revolutionären Kräfte erfordere (Internationalismus). Kommunismus und Anarchismus unterscheiden sich in der Bewertung der Freiheitsrechte. Überdeckt der übersteigerte Gleichheitsbegriff kommunistisch ausgerichteter Organisationen die individuellen Freiheitsrechte, lehnen anarchistische Gruppierungen staatliche Organisationen,



<sup>96</sup> Ziviler Ungehorsam ist insbesondere bei den „gewaltfreien“ Anarchisten der Verstoß gegen ein Gesetz aus Gewissensgründen; dabei wird bewusst in Kauf genommen, dafür bestraft zu werden.

Machtstrukturen und Hierarchien generell ab. Steht bei Kommunisten primär das Kollektiv im Vordergrund, so ist es bei Anarchisten das Individuum. Beide orientieren sich an der Utopie einer klassen- bzw. herrschaftsfreien Ordnung, d. h. an dem Ideal von der vollkommenen Befreiung des Menschen von allen gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen, religiösen und kulturellen Zwängen. Anarchisten, die in ihrem konkreten politischen Handeln diesen utopischen Entwurf vorzuleben versuchen, lehnen auf Machtstrukturen beruhende Zwischenstadien zur Realisierung dieser klassenlosen Gesellschaft wie die von Kommunisten angestrebte Diktatur des Proletariats ab. Das westliche Gesellschaftsmodell, d. h. die soziale Marktwirtschaft sowie der demokratische Rechtsstaat und die ihn repräsentierenden Mächte, allen voran die USA und ihre Verbündeten sowie westlich geprägte Bündnissysteme wie die NATO und die Europäische Union (EU), stehen für den Gegenentwurf zum ideologischen Weltbild der Linksextremisten und sind so eines ihrer zentralen Feindbilder. Die linksextremistische Kritik konzentriert sich vor allem auf die (internationalen) Großkonzerne, die NATO und ihre Führungsmacht, die USA. Die Verantwortung für internationale Konflikte und Krisen verorten sie im Westen. Die wechselweise als kapitalistisch oder neoliberal bezeichnete westliche Wirtschaftsordnung wird grundsätzlich als Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgelehnt. Linksextremisten wollen dem ihrer Meinung nach „entfesselten Kapitalismus“ Einhalt gebieten und ihn zerschlagen, denn erst wenn der Kapitalismus als „Wurzel allen Übels“ überwunden sei, ließen sich alle gesellschaftlichen Probleme wie Faschismus, Rassismus oder Militarismus lösen. Aus diesem Grund fordert z. B. die „Interventionistische Linke“ (IL) auf ihrer Internetseite „Make capitalism history!“.

### 4.3 Aktuelle Entwicklungen im Linksextremismus

Auch im Berichtsjahr 2025 dominierte die autonome Szene die Entwicklung im Linksextremismus. Als Reaktion auf die bereits seit den 1990er Jahren zunehmende interne Kritik an der Theorieferne,

der Unorganisiertheit und der Selbstbezogenheit der autonomen Bewegung sind Teile von ihnen weiter bestrebt, der Ideologie-, Organisations- und Bündnisfrage mehr Raum zu geben. Vor diesem Hintergrund sind in den letzten zwei Jahrzehnten bundesweit verschiedene sich als postautonom verstehende Bündnisse entstanden. Um an das demokratische Spektrum anschlussfähig zu sein, greifen Autonome, insbesondere Postautonome, Themen auf, die wie der Klimaschutz bis weit in die Mitte der Gesellschaft die Menschen berühren und zum zivilgesellschaftlichen Engagement herausfordern.

Im Gegensatz zum demokratischen Protest, der frei ist von systemüberwindenden Forderungen, basiert der linksextremistische auf ideologischen Grundannahmen, für die eine prinzipielle Gegnerschaft zum politischen System der Bundesrepublik und seiner Wirtschaftsordnung kennzeichnend ist. Linksextremisten dient der „Antikapitalismus“ und die unmittelbar mit ihm verbundenen Themen wie „Antifaschismus“, „Antirepression“, „Antimilitarismus“, „Antigentrifizierung“, „Antirassismus“ oder der Einsatz für den Klimaschutz vor allem als Plattform für ihren Kampf gegen den demokratischen Rechtsstaat.

Das Jahr 2025 stand vor allem im Zeichen des Nahostkrieges infolge des Überfalls der terroristischen HAMAS auf Israel am 07.10.2023. Der alte Konflikt zwischen antideutsch und antiimperialistisch ausgerichteten Autonomen ist seitdem wieder deutlich spürbar. Während sich die antideutsche Szene bedingungslos mit dem Staat Israel und seinen Bürgerinnen und Bürgern auch durch die Teilnahme an proisraelischen Demonstrationen solidarisierte, ergriffen die Antiimperialisten ebenso wie die dogmatischen Linksextremisten, z. B. aus der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP), Partei für die Palästinenserinnen und Palästinenser. Sie beteiligten sich an deren bundesweiten Solidaritätsdemonstrationen und kritisierten Israel unter Ausblendung der Verbrechen der HAMAS.

Die linksextremistisch motivierten Übergriffe auf Rechtsextremisten bzw. auf Personen, die Linksextremisten als solche ansehen, bildeten 2025 weiterhin einen deutlichen Schwerpunkt der linksextremistischen Aktivitäten. Dabei zeigte sich, dass die

Hemmschwelle von Linksextremisten zur Anwendung von Gewalt – auch gegenüber Menschen – weiterhin niedrig ist.

Darüber hinaus thematisiert die autonome Szene weiter, wenn auch in abgeschwächter Form, den Klimaschutz und versucht, an die nicht extremistische Klimaschutzbewegung anschlussfähig zu sein. An dieser Stelle ist eine zunehmende Entgrenzung des Linksextremismus in Teile der Klimaschutzbewegung wahrnehmbar. Vor allem die „Interventionistische Linke“ (IL) und das Klimabündnis „Ende Gelände“ (EG) sind hier zu nennen.<sup>97</sup>

Im Bereich des parteigebundenen Linksextremismus hat sich 2025 nichts an der politischen Bedeutungslosigkeit der orthodox marxistisch-leninistisch ausgerichteten Parteien DKP und „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) geändert. Neben kontinuierlich schwachen Wahlergebnissen von deutlich unter einem Prozent leiden beide Parteien seit Jahren unter einer massiven Überalterung ihrer Mitglieder und einer Stagnation der Mitgliederzahlen auf niedrigem Niveau. Sowohl die DKP als auch die MLPD sind in der niedersächsischen Öffentlichkeit kaum wahrnehmbar und spielen für die Beurteilung des linksextremistischen Gesamtpotenzials bislang nur eine untergeordnete Rolle.

### Ausblick

Der „Antifaschismus“ wird auch 2026 eine zentrale Rolle für die linksextremistische Szene in Niedersachsen spielen.

Daneben werden vor allem die Themen „Repression“, und „Antimilitarismus“ von größerer Bedeutung für das linksextremistische Spektrum sein, während der Klimaschutz aufgrund des nachgelassenen gesellschaftlichen Interesses an diesem Thema eher nachrangig sein wird.

Wenn sich die Gentrifizierung weiter so massiv fortsetzt wie bisher und die Lage auf dem Wohnungsmarkt weiterhin so überhitzt und angespannt bleibt wie in den letzten Jahren, muss auch künftig mit Hausbesetzungen und Übergriffen auf Immobilienunternehmen und ihre Mitarbeitenden gerechnet werden.

<sup>97</sup> Siehe im Einzelnen Kapitel 4.4, Abschnitt „Klimaschutz“.

Mit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine am 24.02.2022 hat auch das Thema „Antimilitarismus“ in der linksextremistischen Szene wieder an Bedeutung gewonnen. Nach der Bewilligung millionenschwerer Sondervermögen für die Bundeswehr, der geplanten dauerhaften Erhöhung des jährlichen Wehretats auf bis zu 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und der Einführung eines neuen Wehrdienstes mit verpflichtender Erfassung und Musterung für Männer, dürften vor allem Rüstungsunternehmen wie der auch im niedersächsischen Unterlüß (Landkreis Celle) aktive Konzern „Rheinmetall Waffe Munition GmbH“ als Profiteure dieser Gelder ebenso verstärkt in den Fokus von Linksextremisten geraten wie Rekrutierungseinrichtungen der Bundeswehr.

Die Entwicklungen des Jahres 2025 zeigen, dass in Niedersachsen weiterhin Gewalttaten durch die linksextremistische Szene verübt werden. Daher ist auch 2026 damit zu rechnen, dass die Hemmschwelle zur Anwendung von Gewalt – auch gegenüber Menschen – gering sein wird. Insgesamt ist davon auszugehen, dass sich die Gewaltbereitschaft der linksextremistischen Szene in Niedersachsen 2026 auf gleichbleibend hohem Niveau bewegen wird.

Nicht unwichtig für die Zukunft des Linksextremismus in der Bundesrepublik und in Niedersachsen dürfte auch 2026 die weitere Entwicklung innerhalb der postautonomen Szene sein. Vor allem in der IL sind Auflösungserscheinungen nach dem Austritt mehrerer Ortsgruppen aus dem Bündnis in den letzten beiden Jahren nicht zu übersehen. Sollte sich dieser Trend fortsetzen, könnte das postautonome Projekt zumindest an seine Grenzen stoßen, wenn nicht sogar obsolet werden.

## 4.4 Autonome/Postautonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten

Sitz/Verbreitung	Landesweite Präsenz mit Schwerpunkten in Braunschweig, Göttingen, Hannover, Lüneburg, Oldenburg und Osnabrück
Mitglieder/Anhänger/Sympathisanten	Niedersachsen: 785 ↗
Publikationen	„autonomes Blättchen“, Hannover (unregelmäßig).
Finanzierung	Finanzierung von Aktionen und Kampagnen durch Spenden sowie Solidaritätsveranstaltungen, keine Mitgliedsbeiträge.
Kurzportrait/Ziele	<p>Das Ziel autonomer Gruppierungen ist es, den Staat und seine Institutionen auch gewaltsam abzuschaffen und durch eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ zu ersetzen. Die autonome Bewegung kennt keine mit kommunistischen Organisationen vergleichbare einheitliche und dogmatische Ideologie. Ihr Weltbild setzt sich vielmehr aus kommunistischen und anarchistischen Elementen zusammen.</p> <p>Die verschiedenen Gruppen der autonomen Bewegung finden sich über Aktions- und Themenfelder zusammen, die sich zu einem erheblichen Teil an aktuellen politischen Ereignissen und Problemfeldern orientieren. Diese Vorgehensweise soll dazu beitragen, den autonomen Widerstand öffentlich besser zu vermitteln, um so bis in die Mitte der Gesellschaft anschlussfähig zu sein.</p> <p>Gegenwärtig sind die Themenfelder „Antifaschismus“, „Anti-repression“, „Antimilitarismus“ und „Antigentrifizierung“ für das autonome Spektrum in Niedersachsen von zentraler Bedeutung. Die autonome Szene sieht sich seit mehreren Jahren damit konfrontiert, dass sie aufgrund interner Streitigkeiten, mangelnder Organisationsfähigkeit und einer oftmals brüchigen Vernetzung nur unzureichend agieren kann. Um diesem Umstand etwas entgegenzusetzen, haben sich in den letzten beiden Jahrzehnten bundesweit sogenannte postautonome Zusammenhänge etabliert, die mit langfristigen Bündnisstrukturen versuchen, die Autonomen aus der auch von ihnen selbst beklagten dauerhaften Krise zu holen. Für Niedersachsen sind vor allem die „Interventionistische Linke“ (IL) und das Bündnis „...ums Ganze! Kommunistisches Bündnis“ (uG) relevant.</p>

### Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Gemeinsames Ziel aller autonomen Gruppierungen ist es, den Staat und seine Institutionen, ggf. auch unter Anwendung von Gewalt, zu zerschlagen und durch eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ zu ersetzen. Hiermit richten sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und sind demnach verfassungsfeindlich (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG).

### Postautonome

Autonome Gruppierungen sind nicht von einer einheitlichen Ideologie geprägt. Sie verknüpfen vielmehr Elemente kommunistischer und anarchistischer Weltbilder miteinander. Autonome im klassischen Sinne verstehen sich zwar auch als undogmatische Linke und streben wie die orthodoxen bzw. dogmatischen K-Gruppen<sup>98</sup> die sozialistische Revolution an, beantworten die „Organisationsfrage“ aber anders. Sie lehnen eine staatliche Ordnung und jegliche Form von Macht- und Herrschaftsstrukturen wie Hierarchien ab und sprechen sich für die Selbstorganisation des Zusammenlebens aus. Schon seit Jahrzehnten leidet die autonome Szene sowohl bundesweit als auch in Niedersachsen unter internen Streitigkeiten, einer hohen Fluktuation und mangelnder Motivation ihrer Akteure. So existieren autonome Gruppierungen oft nur kurzfristig: sie benennen sich entweder um, fusionieren oder lösen sich ganz auf. Verantwortlich dafür sind vor allem ungelöste Organisationsdebatten und eine theoretische Orientierungslosigkeit. Diese Entwicklung hat die Autonomen in eine schon seit Jahren andauernde substantielle inhaltliche und strukturelle Krise gestürzt. Teile der autonomen Szene reflektieren diese Missstände schon seit Längerem und versuchen, für konkrete Projekte Gruppenstrukturen und Netzwerke aufzubauen. Diese sich oft als postautonom bezeichnenden Gruppierungen verstehen sich nach wie vor als Autonome, auch wenn sie sich in einigen Punkten von diesen unterscheiden. Ihre Politik ist langfristiger angelegt und verfolgt eine Strategie der kleinen Schritte. Sie wollen sich organisieren, vernetzen und

<sup>98</sup> Der Begriff „K-Gruppen“ ist eine Sammelbezeichnung für politische Gruppierungen wie den „Kommunistischen Bund Westdeutschlands“ (KBW) oder die MLPD, die sich seit dem Ende der 1960er Jahre am Marxismus-Leninismus maoistischer Prägung orientieren und sich die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zum Ziel gesetzt haben.

betreiben innerhalb des autonomen Spektrums eine strategische Bündnisorientierung mit einer breiten Öffnung ins demokratische Spektrum und zu bislang unpolitischen Bevölkerungsschichten. Dort wollen sie für einen Bruch mit dem Kapitalismus und den ihn nach Meinung der Autonomen schützenden demokratischen Rechtsstaat werben. Ideologisch orientieren sie sich an marxistisch-leninistischen und anarchistischen Weltbildern. Sie verzichten aber bewusst auf eine exakte ideologische Festlegung und somit auf eine dogmatische Interpretation der marxistischen und anarchistischen Klassiker. Diese ideologische Unverbindlichkeit macht es ihnen möglich, sich auf der Basis von Minimalkonsensen bis weit in orthodoxe, aber auch in nicht extremistische Kreise zu vernetzen. So wollen sie in einem langfristigen Prozess die herrschenden Verhältnisse überwinden und eine kommunistische Gesellschaft errichten. Postautonome greifen deshalb gezielt aktuelle politische (Krisen-)Themen auf, die bis in die Mitte der Gesellschaft anschlussfähig sind und versuchen, über deren gezielte Zuspitzung möglichst viele Menschen zu erreichen und mittelfristig zu radikalisieren.



### „Interventionistische Linke“ (IL)

Die IL ist zurzeit das bedeutendste postautonome Bündnis. Sie entstand 1999 als eine „strategische Verabredung“ undogmatischer Linksextremisten verschiedener Strömungen. In sogenannten Beratungstreffen fanden sich Gruppierungen und Einzelpersonen zusammen, um Überlegungen anzustellen, wie die Handlungsfähigkeit und Wahrnehmbarkeit der „radikalen Linken“ in der Bundesrepublik Deutschland erhöht werden könnte. Ab 2004 wurden diese Treffen gezielt für linksextremistische Gruppen aus dem postautonomen Spektrum geöffnet. Es entstand ein bundesweit agierendes Netzwerk aus linksextremistischen Gruppierungen und Einzelaktivisten, dem in geringem Maße auch nicht extremistische Personen angehörten. Dem folgte ab 2010 eine intensive Organisationsdebatte, die die Umstrukturierung der IL von einem Netzwerk zu einer Organisation mit einem von der IL herausgegebenen „Zwischenstandspapier“ vom 11.10.2014 vorerst abschloss.

Um an das demokratische Spektrum anschlussfähig zu sein, geben sich ihre Akteure ideologisch bewusst undogmatisch. Zugleich

bemühen sie sich um ein konventionelleres äußeres Erscheinungsbild, als es sonst in der autonomen Szene üblich ist. So sind ihre Protagonisten beispielsweise bei Demonstrationen bereit, auf szenetypische Kleidung und dogmatische Parolen zu verzichten. Die Entscheidung darüber, ob Gewalt angewendet werden soll, überlassen sie situationsabhängig dem Einzelnen. Dabei handelt es sich um ein rein taktisches Verhalten, hinter dem sich eine latent vorhandene Militanz verbirgt.

Aus diesen Gründen kann die IL eine Scharnierfunktion zwischen dem gewaltorientierten linksextremistischen Spektrum, den dogmatischen Linksextremisten und dem demokratischen Protest einnehmen. Das ermöglicht ihren Akteuren, Bündnisse bis in die Mitte der Gesellschaft zu schmieden und Mobilisierungserfolge zu erzielen. Zugleich unterstreicht diese Entwicklung zum einen die Bedeutung der IL für die gesamte linksextremistische Szene, deren Erfolg bei Protestveranstaltungen zu einem nicht unerheblichen Teil von der Organisationsfähigkeit der IL abhängt und zum anderen die zunehmende Entgrenzung des Linksextremismus bis ins demokratische Spektrum.

Im Juni 2024 hat die IL nach zehn Jahren ihr „Zwischenstandspapier“ von 2014 fortgeschrieben. Bereits auf den ersten Seiten ihres „Zwischenstandspapieres #2“ wird die Stoßrichtung deutlich:

*„Die Abschaffung des Kapitalismus ist zu einer Frage des Überlebens geworden. Im 21. Jahrhundert ist keine Perspektive der Befreiung oder der Überwindung von Ausbeutung ohne diese Voraussetzung denkbar.“*

(Internetseite der IL, 11.10.2025)

Auch ihre verfassungsfeindliche Ausrichtung wird schnell deutlich, wenn es heißt:

*„Unser Ziel ist der revolutionäre Bruch mit dem Bestehenden.“*

(Internetseite der IL, 11.10.2025)

Konkret bedeutet dieses Ziel den „revolutionäre[n] Bruch mit dem Kapitalismus und allen damit verbundenen Macht- und Herrschaftsverhältnissen.“ Die IL möchte eine „Gegenmacht für ein linkes

Hegemonieprojekt mit Vergesellschaftung als zentraler Achse“ aufbauen. Über das, was sie darunter versteht, lässt sie keinen Zweifel aufkommen:

*„Ohne Abschaffung des kapitalistischen Privateigentums, ohne Aufhebung der Klassen und der Ausbeutung, ohne Überwindung der patriarchalen und rassistischen Unterdrückung und Gewalt wird es eine solche Welt nicht geben. Ohne Bruch mit dem Kapitalismus und seiner Profitlogik kann und wird es keine solidarischen Antworten auf die existenziellen Krisen und Bedrohungen des 21. Jahrhunderts geben – weder in Deutschland noch in Europa oder weltweit. Es braucht eine radikale Demokratisierung aller Lebensbereiche, um die systematische Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu stoppen.“*

(Internetseite der IL, 11.10.2025)

Was die IL vom demokratischen Rechtsstaat und seinen Regeln, insbesondere vom Parlamentarismus hält, wird in ihrem „Zwischenstandspapier #2“ ebenfalls deutlich:

*„Wir begreifen Revolution als einen Prozess, in dem der bürgerliche Staat und seine Institutionen schrittweise überwunden werden. Dabei können parlamentarische Politik und Mehrheiten bestenfalls eine untergeordnete Rolle spielen. Ohne mit seinen Regeln zu brechen, lässt sich das politische System nicht grundlegend ändern.“*

(Internetseite der IL, 11.11.2025)

Gegenwärtig bestehen offiziell noch in 23 deutschen Städten<sup>99</sup> sowie in Graz (Österreich) Ortsgruppen der IL, zwei davon in Niedersachsen (Göttingen und Hannover). Die IL folgt dabei dem Prinzip, wonach pro Stadt nur eine Ortsgruppe bestehen soll. Stieg die Anzahl ihrer Ortsgruppen in früheren Jahren kontinuierlich, so nimmt sie seit 2020 ab. Mehrere Ortsgruppen haben sich mittlerweile von der IL getrennt.

Auch in Niedersachsen ist diese Entwicklung wahrnehmbar. Unter der Überschrift „Die A.L.I. trennt sich – unser Neustart im Jahr 2021“ hat die Göttinger linksextremistische Gruppierung „Antifaschistische Linke International“ (A.L.I.) Ende Dezember 2021 auf

<sup>99</sup> An folgenden deutschen Standorten gibt es IL-Ortsgruppen: Aschaffenburg, Berlin, Bielefeld, Bremen, Darmstadt, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Göttingen, Halle (Saale), Hamburg, Hannover, Heidelberg, Jena, Karlsruhe, Köln, Leipzig, Lübeck, Mannheim, Marburg, Norderstedt, Nürnberg, Rostock, Stuttgart.

ihrer Internetseite ihren Austritt aus der IL bekannt gegeben. Eine ihrer Nachfolgeorganisationen, die „Sozialistische Perspektive“ (SP), ist am 01.05.2024 nach zweijähriger Zugehörigkeit ebenfalls aus der IL ausgetreten. Diesen Schritt begründete die SP auf ihrer Internetseite u. a. damit, dass „viele positive Entwicklungen in der IL zum Erliegen gekommen sind“. Die zweite zur IL gehörende Göttinger Gruppierung, die „Basisdemokratische Linke“ (BL), hat sich am 07.02.2025 in „IL Göttingen“ unbenannt.



### Bündnis „...ums Ganze! Kommunistisches Bündnis“ (uG)

Ein weiteres postautonomes Bündnis mit niedersächsischer Beteiligung stellt das Bündnis uG dar. In ideologischer Abgrenzung zur weitgehend antiimperialistisch ausgerichteten IL ist das Bündnis uG dem antideutschen Lager zuzurechnen.<sup>100</sup> Folgt man der Selbstdarstellung des Bündnisses, so wurde es 2006 gegründet, um „linksradikale Gesellschaftskritik überregional zu organisieren und handlungsfähig zu machen“. Nach eigener Aussage geht es dem Bündnis uG dabei nicht nur um eine „Kritik, für die es weder Institutionen noch Parlamente noch feste Verfahren“ gebe, sondern auch um die „Kritik gesellschaftlicher Herrschaft als ganzer“.<sup>101</sup> Dabei besteht für das Bündnis uG die Herausforderung „immer wieder darin, diese verrückte Logik des kapitalistischen Alltags theoretisch und praktisch aufzubrechen“, um die gegenwärtige Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung durch eine herrschaftsfreie kommunistische Gesellschaft zu ersetzen. Wie diese Gesellschaftsform konkret aussehen soll, bleibt jedoch, wie so oft im Linksextremismus, äußerst diffus.



Das Bündnis uG ist in zehn deutschen Städten<sup>102</sup> organisiert. In Niedersachsen wirkt die Gruppierung „Redical [M]“ als „eine

<sup>100</sup> Zur Erläuterung der Begriffe „antiimperialistisch“ und „antideutsch“ siehe die Ausführungen im folgenden Abschnitt „Antideutsche“ und „Antiimperialisten“.

<sup>101</sup> Internetseite des Bündnisses uG, 16.11.2023.

<sup>102</sup> In folgenden deutschen Städten gibt es Gruppierungen, die im Bündnis uG organisiert sind: Berlin, Braunschweig, Bremen, Dresden, Frankfurt am Main, Göttingen, Köln, Marburg, München, Münster.



kommunistische und antinationale Gruppe“ aus Göttingen im Bündnis uG mit. Aus Braunschweig ist die Gruppierung „In/Progress“ im Jahr 2022 dem Bündnis uG beigetreten.

### „Antideutsche“ und „Antiimperialisten“

Die sogenannten Antideutschen bildeten sich mit Beginn der 1990er Jahre vor dem Hintergrund zunehmender rechtsextremistischer Übergriffe auf Migranten als eine neue Strömung innerhalb des autonomen Spektrums heraus. Ideologisch wenden sie sich gegen einen vermeintlichen deutschen Nationalismus. Mit der deutschen Wiedervereinigung befürchteten ihre Aktivisten ein Erstarken des Nationalismus innerhalb der Bundesrepublik und die Entstehung eines „IV. Reichs“ durch eine Rückkehr zum Nationalsozialismus.

Im Zuge der Golfkriege von 1990 und 2003 solidarisierten sich die „Antideutschen“ bedingungslos mit dem Staat Israel und seiner Schutzmacht, den USA. Eine für Autonome ungewöhnliche politische Haltung, da sie prinzipiell staatliche Strukturen, Institutionen und Repräsentanten ebenso ablehnen wie das westliche Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell und jegliche Form von Militär. Aufgrund dieser Widersprüchlichkeit kam es zum Bruch zwischen den „Antideutschen“, die bislang immer nur eine Minderheitenposition innerhalb des autonomen Spektrums vertraten und vertreten, und den die autonome Szene dominierenden sogenannten Antiimperialisten mit ihrer ausgeprägten antiwestlichen, insbesondere antiamerikanischen und antiisraelischen Haltung. Dieser ideologische Bruch vollzieht sich nicht nur im autonomen, sondern auch im postautonomen Spektrum. So ist die IL mit ihren niedersächsischen Ablegern in Göttingen und Hannover als weitgehend antiimperialistisch zu charakterisieren, während das Bündnis uG eindeutig antideutsch geprägt ist. Nicht selten führen diese Diskrepanzen zur Lähmung der politischen Arbeit innerhalb der autonomen bzw. postautonomen Szene, da beide Seiten nur bedingt dazu bereit sind, miteinander zu kooperieren.

Hatten sich „Antideutsche“ und „Antiimperialisten“ in den letzten Jahren wieder angenähert, so haben die Spannungen zwischen beiden Ausrichtungen seit dem Überfall der terroristischen HAMAS auf Israel am 07.10.2023 wieder zugenommen. Während sich die

antideutsche Szene bedingungslos mit dem Staat Israel und seinen Bürgerinnen und Bürgern u. a. durch die Teilnahme an proisraelischen Demonstrationen solidarisierte, ergriffen die „Antiimperialisten“ reflexartig Partei für die palästinensische Seite. Sie beteiligten sich ebenso wie die dogmatischen Linksextremisten z. B. aus der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) an den bundesweiten Solidaritätsdemonstrationen für die Palästinenser und kritisierten Israel unter Ausblendung der Verbrechen der HAMAS vehement.

### Autonome Gewalt

Autonome kennzeichnet ein hohes Maß an Gewaltbereitschaft. Diese basiert dabei auf einem klaren Feindbild, zu dessen tragenden Säulen der Staat, seine Institutionen und Repräsentanten sowie Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten bzw. Personen, die Linksextremisten als solche ansehen, aber auch szenekritische Wissenschaftler zählen. Politisch motivierte Gewalt dient Autonomem als „Geburtshelfer einer neuen Gesellschaft“. Denn um die angestrebte herrschaftsfreie Gesellschaft zu errichten, müsse zuvor der demokratische Rechtsstaat als Garant der bisherigen Ordnung beseitigt werden. Gewalt hat für Autonome immer eine Außen- und eine Binnenwirkung. Nach außen dient sie u. a. dazu, öffentliche, insbesondere mediale Aufmerksamkeit zu erregen und Unterstützung für die eigenen Positionen zu finden. Darüber hinaus soll sie die Kosten für bestimmte politische Entscheidungen so in die Höhe treiben, dass diese langfristig politisch nicht mehr durchsetzbar sind.<sup>103</sup> Zugleich wirkt die Gewalt nach innen integrationsfördernd und identitätsstiftend für die jeweiligen Bezugsgruppen. Die gewaltsame Auseinandersetzung mit der Polizei ist oft der förmliche Ritterschlag für den einzelnen Autonomen, denn sie kann seinen Aufstieg in den formal nicht existenten Hierarchien innerhalb seiner Bezugsgruppe befördern. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass Gewalt – wie auch in anderen Extremismusbereichen – ästhetisiert und heroisiert wird. So stilisieren sich Autonome gern auf Fotos und Plakaten als „lonesome cowboy“

<sup>103</sup> Die Castor-Transporte sind hierfür ein gutes Beispiel. Ihre Gegner wussten, dass sie die Züge mit den Castoren auf dem Weg ins atomare Zwischenlager nach Gorleben nicht aufhalten können. Durch Blockaden und sogenannte Schotter-Aktionen versuchten Teile von ihnen aber, die Transporte möglichst lange aufzuhalten. So wollten sie die Kosten für die Castor-Transporte in die Höhe treiben, in der Hoffnung, dass sie irgendwann allein aus Kostengründen nicht mehr durchführbar sein würden.

oder „streetfighter“ vor brennenden Barrikaden oder Autos sowie vor Polizeireihen. Dadurch zeigen sie zugleich die Faszination, die Gewalt auf sie ausübt. Gewalt wird somit zu einem unverzichtbaren Lebensgefühl. In manchen Situationen herrscht sogar eine regelrechte Gewaltbegeisterung, denn „es macht einfach Spaß, den Bullen eins in die Fresse zu hauen ...“, wie es in einem ihrer Selbstzeugnisse heißt.<sup>104</sup>

Ihren Ausdruck findet die autonome Gewalt in erster Linie in Massenmilitanz und klandestinen Aktionen. Massenmilitanz tritt dabei vornehmlich am Rande von Demonstrationen in Erscheinung. Konspirativ agierende Kleingruppen verüben zudem Brand- und Sprengstoffanschläge vor allem gegen Luxus- und Firmenfahrzeuge, aber auch gegen öffentliche Einrichtungen wie Jobcenter, Polizeistationen und Behörden.

Um die von Autonomen ausgehende Gewalt richtig einordnen zu können, muss man sich den für sie und die Postautonomen geltenden Gewaltbegriff vergegenwärtigen. Dem linksextremistischen Verständnis nach üben die „kapitalistischen Produktionsverhältnisse“ eine auf gesellschaftlichen Strukturen, Werten, Normen, Institutionen und Machtverhältnissen basierende „strukturelle Gewalt“ gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern aus und hindern diese daran, sich ihren Anlagen, Wünschen und Möglichkeiten entsprechend frei entfalten und somit selbst verwirklichen zu können. Aus dieser so empfundenen „Gewalt des Systems“ leiten Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten quasi ein Naturrecht auf gewaltsamen Widerstand ab. Linksextremistische Gewalt versteht sich demzufolge als „Gegengewalt“, als ein reaktives und dadurch legitimes Mittel, um die (angeblich) vorherrschende staatliche Gewalt aufzubrechen und Veränderungen herbeizuführen. Mit dieser Interpretation wird zugleich das Opfer-Täter-Narrativ definiert: der Staat ist immer der Täter und der Autonome bzw. Postautonome immer das Opfer.

<sup>104</sup> A.G. Grauwacke, „Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren“, Berlin 3. Auflage 2003, Seite 148.

Postautonome teilen zwar grundsätzlich das autonome Gewaltverständnis. Im Gegensatz zu den „klassischen Autonomen“ ist ihr Verhältnis zur Militanz vor allem taktischer Natur. Einerseits distanzieren sie sich von der Anwendung von Gewalt, um so das demokratische Spektrum als potenziellen Bündnispartner und ihre Scharnierfunktion zwischen dem extremistischen und dem nicht extremistischen Milieu nicht zu gefährden. Andererseits betonen sie, unsere

*„... Mittel und Aktionsformen, defensive wie offensive, bestimmen wir also strategisch und taktisch in den jeweiligen Situationen, so wie wir sie verantworten können ... Es geht uns darum, die kollektive Fähigkeit herzustellen, die Wahl der Mittel nach unseren Zielen selbst zu bestimmen.“*

(Internetseite der IL, 22.01.2025)

Ein eindeutiges „Nein“ zu jeglicher Form der Gewalt gibt es von ihnen nicht.

Vor diesem Hintergrund wird seit jeher in der linksextremistischen Szene eine Debatte über das Für und Wider von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung der eigenen Interessen geführt. In dieser „Militanzdebatte“ geht es nicht um ein Ja oder Nein zur Gewalt an sich. Einzig die Legitimität der gezielten Anwendung von Gewalt auch gegen Menschen und nicht allein gegen Sachen wird diskutiert. Da Gewalt dem autonomen Verständnis nach politisch für diejenigen vermittelbar sein soll, die man befreien will, wird bislang gezielte Gewalt gegen Menschen mehrheitlich abgelehnt. Davon ausgenommen sind aber Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte und Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten bzw. Personen, die Linksextremisten als solche ansehen. Sie gelten als das personifizierte Feindbild einer bzw. eines jeden Autonomen bzw. Postautonomen, ihnen werden Menschenwürde und Grundrechte abgesprochen. Gewalt gegen sie gilt als legitim, notwendig und vermittelbar und wird zumindest billigend in Kauf genommen.

## Aktionsfelder

### Kampf gegen Faschismus

Zentrales Anliegen der Autonomen ist der Kampf gegen Faschismus bzw. der „Antifaschismus“, einhergehend mit dem für sie damit untrennbar verbundenen Kampf gegen den Kapitalismus und den demokratischen Rechtsstaat. Unter Rückgriff auf die von dem



Meme als Einleitung in ein neues Thema.  
Hier: Was steckt hinter der „Antifa“?

damaligen Vorsitzenden der Kommunistischen Internationale (Komintern), Georgi Dimitroff, im August 1935 auf dem VII. Weltkongress der Komintern in Moskau aufgestellten These, wonach der Faschismus „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“<sup>105</sup> sei, ist der Faschismus dem linksextremistischen Verständnis nach dem Kapitalismus immanent. Faschismus kann aus linksextremistischer Sicht deshalb nur dann erfolgreich bekämpft werden, wenn zugleich auch seine Ursache, der Kapitalismus als die Wurzel allen Übels beseitigt wird. Konsequenter „Antifaschismus“ zielt daher für Linksextremisten

zwangsläufig nicht nur auf die aktuelle Wirtschaftsordnung, sondern zugleich immer auch auf die „Marionette des Kapitals“, den demokratischen Rechtsstaat.

### Ereignisse im Zusammenhang mit der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD)

Im Jahr 2025 konzentrierte sich die linksextremistische Szene Niedersachsens in ihrer „Antifaschismus-Arbeit“ weiterhin schwerpunktmäßig auf die direkte Auseinandersetzung mit der AfD. Veranstaltungen der Partei und das Eigentum von AfD-Angehörigen stellten erneut Angriffsziele des autonomen Spektrums dar:

- So wurde ein AfD-Mitglied am 10.01.2025 in Northeim auf dem Weg zu einer AfD-Veranstaltung mit Eiern und Steinen versetzten Schneebällen beworfen.

<sup>105</sup> Georgi Dimitroff, „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus“, in: ders., „Gegen Faschismus und Krieg. Ausgewählte Reden und Schriften“, Leipzig 1982, Seiten 49–136, hier Seite 52.

- In Hannover attackierten unbekannte Täter am 11.01.2025 das örtliche AfD-Parteibüro mit Farbbeuteln.
- In Lehrte versuchte ein unbekannter Täter am 15.02.2025 einen Spitzenkandidaten der AfD mit einem Kniestoß in den Magen zu verletzen.
- An einem Informationsstand der AfD in Papenburg kam es am 10.05.2025 zu einem Handgemenge mit Gegen-demonstrierenden, bei dem ein AfD-Landtagsabgeordneter leicht verletzt wurde.
- Einem AfD-Bundestagskandidaten wurden zwischen dem 14. und dem 15.02.2025 alle vier Reifen seines privaten Pkw in Braunschweig zerstochen.
- In Wittmund war am 14.07.2025 das Schaufenster des AfD-Wahlkreisbüros großflächig mit der Parole „Fick AfD Nazis“ beschmiert, in Nienburg am 31.07.2025 das künftige Parteibüro der AfD mit den Parolen „No Nazis“ und „FCK AfD“.
- Als am 04.10.2025 mehrere AfD-Mitglieder an dem Gebäude eines linksalternativen Hausprojektes in Göttingen vorbeikamen, sollen plötzlich etwa fünf Personen auf die AfD-Gruppe zugegangen sein, um unvermittelt auf zwei der AfD-Mitglieder einzuschlagen.
- In Hannover fanden sich Anfang Oktober 2025 Aufkleber im Straßenraum, die die AfD-Bundesvorsitzende in einem Fadenkreuz zeigen, darunter in roter Schrift: „Aim here“ (hier zielen).

Auch 2025 wurden wieder Veranstaltungen der AfD gestört. Vom 29. bis zum 30.11.2025 fand z. B. in Gießen der Gründungskongress der neuen AfD-Jugendorganisation „Generation Deutschland“ (GD) statt. Dagegen mobilisierte das linksextremistisch beeinflusste Bündnis „Widersetzen“ federführend zum Protest. Zu dessen Vorbereitung gab es bereits im Vorfeld Informations- und Mobilisierungsveranstaltungen, auch in Niedersachsen. Neben dem demokratischen Spektrum riefen aber auch Linksextremisten wie die postautonomen Organisationen „Interventionistische Linke Hannover“ (IL Hannover) und „Interventionistische Linke Göttingen“ (IL Göttingen) oder die zum postautonomen Bündnis „... ums Ganze! Kommunistisches Bündnis“ (uG) gehörenden Gruppierungen „Redical [M]“ aus Göttingen und «In/Progress» aus Braunschweig zu den Protestaktionen auf.

Die Demonstrierenden reisten bereits am frühen Morgen an und formierten sich zu verschiedenen Protestzügen. Diese versuchten, die Delegierten der AfD durch zahlreiche Blockaden an der Teilnahme des Gründungskongresses zu hindern. Einige Protestierende hatten Zufahrtsstraßen in der Umgebung wie die Autobahn 480 und verschiedene Bundesstraßen blockiert, um die Anreise zu behindern. Zudem versperrten sie u. a. die Zugänge zu dem Gründungskongress, was teilweise zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei führte. Schließlich schirmte die Polizei den Veranstaltungsort weiträumig ab und löste zahlreiche Straßenblockaden, auch unter Einsatz von Wasserwerfern, auf. Insgesamt wurden durch Schläge, Tritte, Steine und Pyrotechnik mehr als 50 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte verletzt, drei Menschen waren zwischenzeitlich festgenommen worden. Ein AfD-Bundestagsabgeordneter wurde auf dem Weg zur Halle geschlagen und erlitt Verletzungen im Gesicht. Auch seine Begleiter wurden körperlich attackiert. Die Gründungsveranstaltung konnte erst mit zweistündiger Verspätung beginnen.

### Übergriffe auf demokratische Parteien

Seitdem die CDU am 29.01.2025 mit den Stimmen der AfD einen Entschließungsantrag zur Verschärfung der Migrationspolitik im Deutschen Bundestag durchsetzen konnte, ist sie verstärkt sowohl bundesweit als auch in Niedersachsen in den Blickpunkt von Linksextremisten gerückt. So riefen bereits am 29.01.2025 die autonomen Gruppierungen „Redical [M]“ und IL Göttingen – damals noch unter der Bezeichnung „Basisdemokratische Linke“ (BL) – zu einer Versammlung gegen die Politik der CDU auf. Im Verlauf der Veranstaltung bewarfen Versammlungsteilnehmende das CDU-Parteibüro mit Eiern und Farbbeuteln. Dabei wurde auch ein davor parkendes Fahrzeug durch Farbspritzer beschädigt.

Am 31.01.2025 kletterten sechs verummumte Personen auf den Balkon der CDU-Kreisgeschäftsstelle Hannover-Stadt und besetzten das Gebäude symbolisch. Bereits in der Nacht zuvor gab es an mehreren Orten in Niedersachsen Übergriffe auf CDU-Einrichtungen. So hatten in Lüneburg unbekannte Täter die Eingangstür der CDU-Kreisgeschäftsstelle mit roter Farbe beschmiert und an der Hauswand in großen Lettern „CDU, Verräter, nie wieder“ geschrieben. In

Oldenburg versuchten Demonstrierende in die Räumlichkeiten des CDU-Landesverbandes einzudringen. Ein Infostand der CDU musste am 01.02.2025 in der Oldenburger Innenstadt unter Polizeischutz abgebaut werden, nachdem ein Dutzend Störer versucht hatten, den Stand abzuräumen. In Lüchow hatten in der Nacht zum 31.01.2025 unbekannte Personen eine Ladung Mist vor dem dortigen CDU-Büro abgeladen. Auch die Kreisgeschäftsstelle der CDU in der Innenstadt von Lingen war bereits zuvor mit blauer Farbe beschmiert worden.

In der Nacht vom 15. auf den 16.06.2025 haben bislang unbekannte Täter den Zugang zur CDU-Geschäftsstelle in Göttingen mit einer etwa 1,50 Meter hohen Mauer aus Ytong-Steinen blockiert. Auf der Mauer prangte ein Banner mit der Aufschrift „Geschlossen“, daneben ein Transparent mit den Worten „wegen eurer Kriegstreiberei und rassistischen Abschottungspolitik“.

Noch am selben Tag wurde auf einem linksextremistischen Internetportal ein Selbstbezeichnungsschreiben veröffentlicht. Darin nehmen die unbekanntenen Autoren „die Krönung des Hetzers Merz zum Kanzler am 6. Mai und die unsägliche Einführung des 15. Juni als sogenannten Veteranentag, einer Idee, getragen von einer kriegs- und gewaltverherrlichenden Ideologie“ zum Anlass für ihre Tat und verbinden sie mit einer Generalkritik an der Bundesrepublik. Als Begründung für ihre Handlung dient ihnen vor allem der Umgang der CDU mit der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) sowie mit dem Sondervermögen für die Bundeswehr und dem Krieg im Nahen Osten. Sie meinen bei der „Innen- als auch Außenpolitik ein Klima der Angst“ zu erkennen und beklagen eine zunehmende „Militarisierung der Gesellschaft“. Sie kommen zu dem Schluss:

*„Es gibt also mehr als genug Gründe, die CDU als Teil der Rechten zu blockieren und Anzugreifen“.*

In der Nacht vom 18. auf den 19.06.2025 wurde erneut eine Einrichtung der CDU beschädigt. Unbekannte Täter beschmierten den Eingangsbereich der Landeszentrale der Partei in Hannover großflächig mit roter Farbe. Wie schon am 16.06.2025 wurde auch diesmal unmittelbar nach der Tat auf einem linksextremistischen

Internetportal ein Selbstbeichtigungsschreiben veröffentlicht. Darin kritisieren die unbekanntes Verfasser neben der Außen- und Migrationspolitik der CDU die Stärkung der Bundeswehr und werfen ihr eine „mensenverachtende Politik“ vor. Zugleich stellen sie einen Zusammenhang mit der Tat vom 16.06.2025 her, wenn sie schreiben:

*„Während mutige Widerstandskämpfende in Göttingen die Einfahrt der CDU zugemauert haben, verschönerten wir der Landeszentrale den Eingang mit roter Farbe.“*

### Ereignisse im Zusammenhang mit Burschenschaften

In den niedersächsischen Universitätsstädten waren auch 2025 wieder Übergriffe auf Verbindungsstudenten und deren Einrichtungen zu verzeichnen. Den Korps-Angehörigen werden vor allem von der linksextremistischen Szene pauschal Affinitäten ins rechtsextremistische Milieu unterstellt. Aus diesem Grund gehören sie zu den erklärten Feindbildern der Autonomen, auch in Niedersachsen. Während früher vor allem Studentenverbindungen in Göttingen im Fokus der linksextremistischen Szene standen, traf es in den letzten zwei Jahren insbesondere in Hannover ansässige Burschenschaften.

Zwischen dem 06. und dem 07.03.2025 warfen unbekannte Täter z. B. mehrere mit roter Farbe gefüllte Farbbeutel an die Fassade eines Verbindungshauses in Hannover. Ebenfalls in Hannover wurden am 18.03.2025 drei Bengalos auf das Gelände einer Burschenschaft geschleudert und die Fassade einer angrenzenden Garage beschädigt. Zwischen dem 25. und dem 28.07.2025 verklebten unbekannte Täter mit dem Logo der „Antifaschistischen Aktion“ und den Überschriften „!ACHTUNG! NAZIS IN DER NORDSTADT!“ und „BURSCHENSCHAFT GHIBELLINIA-LEIPZIG“ versehene Plakate in Hannover und Langenhagen. Auf den unterschiedlichen Plakaten wurden Mitglieder der Burschenschaft mit Namen und Foto abgebildet und als „Mitglieder der extrem rechten hannoveraner Burschenschaft Ghibellinia-Leipzig“ geoutet. Zugleich wurde der Burschenschaft unterstellt, regelmäßig rechtsextreme Vorträge zu veranstalten.

Auch in Göttingen gab es entsprechende Übergriffe. So sprühten z. B. am 14.02.2025 vier bis fünf bislang unbekannte, schwarz

gekleidete Personen während einer laufenden Veranstaltung in den Räumlichkeiten des Verbindungshauses die Schriftzüge „JU mit Schmiss“ und „Burschis raus aus GÖ“ mit roter Farbe an die Fassade.

Die jüngsten Ereignisse verdeutlichen, dass sich Verbindungsstudenten und die von ihnen genutzten Örtlichkeiten weiterhin im Fokus der linksextremistischen Szene in Niedersachsen befinden. Daher muss auch künftig mit linksextremistisch motivierten Übergriffen auf Burschenschafter und ihre Einrichtungen gerechnet werden.

### Sonstiges

Am 01.02.2025 fand in Göttingen eine Demonstration gegen Personen statt, die u. a. die Corona-Maßnahmen ablehnen. Zum Protest gegen diese Versammlung riefen mehrere autonome Gruppen aus Göttingen auf. Im Verlauf der Proteste errichteten Autonome Straßenblockaden, u. a. aus Mülleimern, und setzten sie in Brand. Zugleich bewarfen sie Versammlungsteilnehmende und Polizeikräfte mit farbgefüllten Glaskugeln, Flaschen, Eiern, Farbbeuteln, Pyrotechnik und Lebensmitteln. Bei den Auseinandersetzungen wurden sieben Polizeibeamte verletzt.

Unbekannte Täter setzten am 18.10.2025 in Emden einen Reifenstapel vor einer Kfz-Werkstatt in Brand. Nicht nur die Werkshalle brannte vollständig aus, sondern auch mindestens neun Fahrzeuge. Hintergrund der Tat war ein geplantes Konzert einer Band, die Linksextremisten dem Rechtsextremismus zurechnen. Die Kfz-Werkstatt hatte für das Konzert geworben. Bereits im Vorfeld der Veranstaltung kam es zu Sachbeschädigungen. So wurden die Schlösser und der Briefkasten des Veranstaltungsgebäudes beklebt, auf ein Werbeplakat wurde ein Hakenkreuz gesprüht.

### Kampf gegen Repression

Gewöhnlich wird der Begriff „Repression“ dafür verwendet, Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen in autoritären oder diktatorischen Systemen zu benennen. Linksextremisten übertragen den Begriff aber auf die innenpolitische Situation in Deutschland. Konkret verstehen sie hierunter die Unterdrückung der individuellen,

sozialen und politischen Entfaltung der oder des Einzelnen durch gesellschaftliche Strukturen oder autoritäre Verhältnisse in Deutschland, insbesondere durch Handlungen staatlicher Exekutivorgane. Vor allem der Staat und seine sicherheitsbehördlichen Einrichtungen wie die Polizei, die Nachrichtendienste und die Justiz stehen dabei im Fokus der Kritik. Als staatliche bzw. vom Staat gelenkte „Repressionsorgane“ bekämpfen sie nach Meinung von Linksextremisten die Bürgerinnen und Bürger ihres Landes, kriminalisieren sie und hindern sie daran, sich frei zu entfalten. Zugleich schützen sie ihrer Meinung nach „Faschisten“, also Rechtsextremisten bzw. Personen, die Linksextremisten als solche ansehen, und arbeiten mit ihnen zusammen. Ziel der linksextremistischen „Antirepressions-Erzählung“ ist es, sich selbst als Opfer permanenter Überwachung, Verfolgung und Reglementierung durch den Staat zu stilisieren, um auf diese Weise ihr Handeln zu legitimieren und den demokratischen Rechtsstaat zu delegitimieren.

Auch 2025 war das sogenannte Antifa-Ost-Verfahren gegen die „Eisenacher Gruppe“ von großer Bedeutung für die linksextremistische Szene. Nachdem das Oberlandesgericht Dresden am 31.05.2023 die Hauptanklagte Lina E. und drei ihrer männlichen Mitangeklagten zu Freiheitsstrafen verurteilt hatte, begann am 25.11.2025 vor dem Oberlandesgericht Dresden der Prozess gegen sieben weitere Mitglieder der „Eisenacher Gruppe“.

Hintergrund des „Antifa-Ost-Verfahrens“ sind gewaltsame Übergriffe anlässlich des vom 09. bis zum 11.02.2023 in Budapest von Rechtsextremisten begangenen „Tages der Ehre“<sup>106</sup> auf Personen, die die Täter z. B. aufgrund ihrer Kleidung der rechtsextremistischen Szene zurechneten. Zwei deutsche, vier ungarische und drei polnische Staatsangehörige erlitten teils erhebliche Verletzungen. Der Modus Operandi der Angriffe ähnelte dabei stark der Vorgehensweise der „Eisenacher Gruppe“. Mittlerweile wurden von den ungarischen und deutschen Behörden Tatverdächtige ermittelt. Dazu gehört auch eine sich als nonbinär verstehende Linksextremistin mit deutscher

<sup>106</sup> Jedes Jahr gedenken tausende Teilnehmende am sogenannten Tag der Ehre der deutschen Wehrmacht, der Waffen-SS und ihrer ungarischen Kollaborateure, die im Jahr 1945 versuchten, aus einer Einkesselung durch die Rote Armee rund um Budapest auszubrechen.

Staatsbürgerschaft namens „Maja“, die an den Übergriffen beteiligt gewesen sein soll. „Maja“ wurde bereits im Dezember 2023 von den deutschen Behörden verhaftet und am 28.06.2024 an die ungarische Justiz ausgeliefert. Sie befindet sich dort in Untersuchungshaft und war vom 05.06.2025 an für 40 Tage in einem Hungerstreik für bessere Haftbedingungen.

Die linksextremistische Szene sieht in dem Verfahren gegen die „Eisenacher Gruppe“ im Allgemeinen und in der Auslieferung von „Maja“ an Ungarn im Besonderen einen weiteren Angriff des Staates auf sogenannte antifaschistische Strukturen. Rund um die Überstellung von „Maja“ an die ungarischen Behörden fanden bundesweit zahlreiche Solidaritätsveranstaltungen gegen die drohende Auslieferung an Ungarn bzw. für die Rückkehr von „Maja“ nach Deutschland unter dem Motto „Free Maja“ statt. Seitdem werden vor allem die dortigen Haftbedingungen und der demokratische deutsche Rechtsstaat und die ihn tragenden Parteien für das Schicksal von „Maja“ verantwortlich gemacht.

Aus Protest bewarfen unbekannte Täter in der Nacht vom 31.07. auf den 01.08.2025 den Eingangsbereich der Landesgeschäftsstelle der CDU in Hannover mit roter Farbe, sprayten die Parole „Free Maja“ und beschädigten die Glasscheiben der Haupteingangstüren zum Gebäude. In einem kurz darauf auf einem linksextremistischen Internetportal veröffentlichten Selbstbeziehungsschreiben solidarisierten sie sich mit „Maja“ und forderten deren sofortige Freilassung.

Die Tat fügt sich ein in eine Reihe von Anschlägen auf Einrichtungen der CDU in jüngster Zeit in Niedersachsen im Zusammenhang mit „Maja“. So besprühten bereits in der Nacht vom 11. auf den 12.07.2025 anonyme Täter den Eingangsbereich der CDU-Landesgeschäftsstelle in Hannover großflächig mit roter und blauer Farbe und der Parole „Free Maja“. Darüber hinaus wurden in der unmittelbaren Umgebung vier weitere Wohn- und Geschäftsgebäude u. a. mit den Slogans „Free Maja“ und „Antifa ist notwendig!“ versehen. Zwischen dem 07. und dem 08.07.2025 konnten an der Eingangstür zur CDU-Landesgeschäftsstelle in Hannover 27 identische Plakate u. a. mit den Aufschriften „Maja ist im Hungerstreik“ und „Holt Maja zurück“ festgestellt werden.

In der Nacht vom 20. auf den 21.08.2025 haben unbekannte Täter erneut ein Gebäude der CDU, diesmal die Kreisverbandszentrale Hannover, mit Farbe besprüht. Wie beliebig solche Anschläge mittlerweile für die Täter geworden sind, unterstreicht ein kurz darauf auf einem linksextremistischen Internetportal erschienenes Selbstbeichtigungsschreiben. Darin liefern die Täter keine konkrete Begründung für ihre Tat, vielmehr bieten sie den Leserinnen und Lesern an, sich aus der Palette politisch-gesellschaftlicher Themen wie „Grenzkontrollen“ oder „Abschiebungen nach Afghanistan“ eine für sie passende Begründung für die Tat auszusuchen.

### Die „Rote Hilfe“



Logo der „Roten Hilfe e. V.“

Die bedeutendste Gruppierung, die sich in erster Linie der Arbeit zu ihrer „Antirepressions-Erzählung“ widmet, ist der von Linksextremistinnen und Linksextremisten getragene Verein „Rote Hilfe e. V.“ (RH). Die RH wurde 1975 wiedergegründet, nachdem es sie bereits in der Weimarer Republik gab und ist in Göttingen ansässig. Über den Bundesverband hinaus existieren etwa 50 Ortsgruppen bundesweit. In Niedersachsen gibt es mit Braunschweig, Göttingen, Hannover, Oldenburg und Osnabrück fünf selbstständige Ortsgruppen.

Die RH versteht sich als „Selbsthilfeorganisation für die gesamte Linke“. Bewusst verzichtet sie darauf, sich von extremistischen Zusammenschlüssen zu distanzieren. Ihre Hauptaufgabe sieht sie im Kampf gegen „staatliche Repression“. Sie bietet Linksextremisten politischen und sozialen Rückhalt und leistet juristische und finanzielle Unterstützung, wenn sie straffällig werden. So gewährt sie Rechtshilfe, vermittelt Szeneangehörigen Anwälte und betreut sie sowohl in Strafverfahren als auch während einer möglichen Haftzeit. Außerdem stellt sie zu besonderen Veranstaltungen, z. B. bei Demonstrationen, sogenannte Ermittlungsausschüsse<sup>107</sup> bereit. Die RH begleitet zudem strafprozessuale Maßnahmen u. a. mit Solidaritätsveranstaltungen und Kampagnen, um auf diese Weise die vermeintliche Repression staatlicher Behörden gegen politische Aktivisten zu „entlarven“. So versucht sie, die Vernetzung und

<sup>107</sup> Die Aufgabe von Ermittlungsausschüssen besteht darin, sich um Festgenommene zu kümmern und Rechtsanwältinnen zu vermitteln.

den Zusammenhalt der unterschiedlichen linksextremistischen Strömungen zu festigen und zu sichern. Ferner bietet sie Veranstaltungen und Vorträge für die linksextremistische Szene z. B. in „Autonomen Zentren“ an und leistet sowohl für extremistische als auch nicht extremistische Organisationen Rechtsberatung vor, während und nach Demonstrationen.

Das „Antifa Ost-Verfahren“ gegen die „Eisenacher Gruppe“ stellte auch 2025 ein zentrales Thema der RH dar und wurde bundesweit begleitet. Im Zusammenhang mit den Gewalttaten in Budapest während des „Tages der Ehre“ 2023 gegenüber Rechtsextremisten bzw. diejenigen, die die mutmaßlich linksextremistischen Täterinnen und Täter als solche gesehen haben, setzte die RH ihre Kampagne zur Unterstützung der inhaftierten Tatverdächtigen fort. So heißt es In einer Pressemitteilung der RH vom 10.11.2025 mit Blick auf die Inhaftierten und deren bevorstehende Prozesse:

*„Diese Geschütze werden gegen Menschen in Stellung gebracht, die sich engagiert dem braunen Terror entgegenstellen. Doch das dürfen wir nicht zulassen: Keine Auslieferung, keine Abschiebung! Wir als Rote Hilfe e. V. stehen solidarisch an der Seite der von Repression betroffenen Antifaschist\*innen.“*

In Niedersachsen unterstützt auch die Ortsgruppe Hannover der RH diese Kampagne. So rief sie am 05.02.2025 im Internet zu Spenden für die vom „Antifa-Ost-Verfahren“ und von den Prozessen in Budapest Betroffenen auf. Gemeinsam mit autonomen und anarchistischen Gruppierungen mobilisierte sie zu einer Demonstration am 01.03.2025 in Hannover unter dem Motto: „Feuer und Flamme der Repression. Gegen die Kriminalisierung von Antifaschisten“.

Ferner solidarisierte sich die RH im Laufe des Jahres 2025 u. a. mit der vor Gericht stehenden ehemaligen Angehörigen der terroristischen „Rote Armee Fraktion“ (RAF) Daniela Klette und mit Personen, die wegen der gewaltsamen Ausschreitungen während der Proteste der Kampagne „Rheinmetall entwaffnen“ von Ermittlungsverfahren betroffen sind.

Da das Aktionsfeld „Antirepression“ weiterhin einen hohen Stellenwert innerhalb des linksextremistischen Spektrums, insbesondere in der autonomen Szene, einnimmt, kann die RH seit mehreren Jahren hohe Mitgliederzahlen verbuchen. So sind gegenwärtig in Niedersachsen etwa 1.400 Personen in der RH organisiert, bundesweit waren es 2024 mehr als 14.400 Personen.

Zur Struktur des Vereins gehört auch das am 18.02.2005 in Umsetzung eines Beschlusses der RH-Hauptversammlung in Göttingen gegründete und dort ansässige „Hans-Litten-Archiv“, benannt nach einem Rechtsanwalt, der zu Zeiten der Weimarer Republik für die „Rote Hilfe Deutschland“<sup>108</sup> tätig war.

### Kampf gegen den Militarismus

Antimilitaristinnen und Antimilitaristen unterstellen der Bundesrepublik, von ihrer Staatsordnung, Gesellschaftsstruktur und Denkweise her militaristisch zu sein. Ihre Proteste richten sich vor allem gegen die Bundeswehr, das westliche Verteidigungsbündnis NATO und die mit ihm zusammenarbeitenden Unternehmen. Auch Linksextremisten sind in dem Themenfeld „Antimilitarismus“ aktiv. Im Gegensatz zu den nicht extremistischen Antimilitaristinnen und Antimilitaristen zielen sie mit ihren Protesten und Aktionen über den eigentlichen Anlass hinaus auf die Überwindung des bestehenden politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland.

Neben der im Wesentlichen von Angehörigen des nicht extremistischen Spektrums getragenen Anti-Kriegs- bzw. Friedensbewegung reklamieren auch der parteipolitisch organisierte Linksextremismus und Autonome – unter ausdrücklicher Einbeziehung von für sie typischen militanten Aktionen – das Thema „Antimilitarismus“ für sich. Im Sinne der Militarismustheorie des Mitbegründers der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD), Karl Liebknecht, wonach das Militär im Kapitalismus dazu dient, „kapitalistische Expansionsbestrebungen“ gegenüber anderen Staaten durchzusetzen und im eigenen Land den Kapitalismus und dessen „Ausbeutungsstrukturen“ zu stabilisieren, sehen Linksextremisten in der Bundeswehr und in der NATO kriegführende Organe zur

<sup>108</sup> Die „Rote Hilfe Deutschland“ existierte von 1924 bis zu ihrer Selbstaflösung 1936.

nationalen und internationalen Durchsetzung „kapitalistischer“ und „imperialistischer“ Interessen. Aus diesem Grund ist die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung der eigenen Ziele für die autonome Szene weiterhin von zentraler Relevanz.

Das Aktionsfeld „Antimilitarismus“ gewinnt seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine am 24.02.2022 in der linksextremistischen Szene wieder zunehmend an Bedeutung. Innerhalb der autonomen Szene Niedersachsens wird die Intervention Russlands in die Ukraine stark kritisiert, wobei diese Kritik nicht als Wohlgefallen für die NATO verstanden werden sollte. Die autonome Szene solidarisiert sich mit der Bevölkerung der Ukraine, nicht mit dem Staat. Nicht nur Russland, sondern auch den USA und damit verbunden der NATO wird von der autonomen Szene eine Mitschuld an der Eskalation in diesem Krieg attestiert. Neben überregionalen Reaktionen der postautonomen Gruppierung IL sowie der linksextremistisch beeinflussten Bündnisse „Ende Gelände“ (EG) und „Rheinmetall Entwaffnen“ (RME) sind in Niedersachsen auch aus den autonomen Szenen Göttingen, Hannover und Lüneburg entsprechende Äußerungen bekannt.



Im linksextremistisch-dogmatischen Spektrum wird insbesondere die Rolle der USA und damit verbunden der NATO stark kritisiert. Die Interaktion dieser Akteure mit der Ukraine und eine damit einhergehende drohende Verschiebung der NATO-Außengrenze seien ihrer Meinung nach ursächlich für den Krieg und stellten eine Provokation Russlands dar. Dennoch wird auch die Intervention Russlands und seine Wandlung zu einem kapitalistischen Staat kritisiert. Im linksextremistisch-dogmatischen Spektrum wird der Konflikt insbesondere von der MLPD sowie der ihr nahestehenden Jugendorganisation „Rebell“ und der DKP thematisiert. Vor allem die Bundeswehr und Rüstungsunternehmen wie die auch im niedersächsischen Unterlüß (Landkreis Celle) ansässige „Rheinmetall Waffe Munition GmbH“ rücken verstärkt in den Fokus auch gewalttätiger Linksextremisten. So sprühten am 29.10.2025 unbekannte Täter z. B. den Schriftzug „FUCK OFF BUNDESWEHR“ vor einem Werbestand der Bundeswehr zur Personalgewinnung in Hildesheim auf den Gehweg.

Vom 26. bis zum 31.08.2025 veranstalteten das Kölner Friedensforum und das linksextremistisch beeinflusste Bündnis „Rheinmetall entwaffnen“ (RME) ihr alljährliches „Rheinmetall entwaffnen Camp“ mit mehreren Versammlungen und Aktionen im Kontext „Antimilitarismus“ in Köln. Neben Demokraten riefen auch niedersächsische Linksextremisten wie die postautonomen Organisationen „Interventionistische Linke Hannover“ (IL Hannover) und „Interventionistische Linke Göttingen“ (IL Göttingen) sowie die autonome Gruppierung „Antifa-Jugend Göttingen“ zur Teilnahme an der Protestwoche auf.

Die Kölner Polizei hatte im Vorfeld versucht, das RME-Camp am Fuß des Kölner Fernsehturms wegen befürchteter Gewalttaten zu verbieten. Während das Verwaltungsgericht Köln einen Eilantrag der Veranstalter gegen den Verbotsbescheid ablehnte, erklärte das Oberverwaltungsgericht Münster das Verbot für rechtswidrig, weil es die Versammlungsfreiheit verletze.

Die gesamte Woche über richteten sich zahlreiche Aktionen gegen Vertretende und Einrichtungen der Rüstungsindustrie und der Bundeswehr. So blockierten Aktivistinnen und Aktivisten am frühen Morgen des 27.08.2025 das Bundesamt für Personalmanagement der Bundeswehr in Köln. Etwa 200 Teilnehmende des RME-Camps zogen am 28.08.2025 durch ein Wohnviertel in Düsseldorf, in dem auch der Vorstandsvorsitzende von Rheinmetall seinen Wohnsitz hat. Am 29.08.2025 belagerten sie die Zufahrt zum Logistikzentrum der „Deutz AG“ in Köln-Kalk und noch am selben Tag besetzten sie kurzfristig ein Kölner SPD-Parteibüro.

Den Höhepunkt der Protesttage bildete eine Demonstration am 30.08.2025 mit etwa 3.000 Teilnehmenden. Bereits gegen frühen Nachmittag verummten sich Demonstrierende und zündeten aus einer Gruppe heraus Pyrotechnik. Nachdem erneut Eisenstangen und Holzlatten in der Versammlung sichtbar geworden waren, stoppte die Polizei die Veranstaltung wegen Angriffen auf Polizeibeamte und wiederholten Verstößen gegen das Versammlungsrecht. In einem Begleitfahrzeug der Demonstration fand die Polizei nach eigenen Angaben Brennsprit und Gasflaschen. Protestierende stießen Polizeibeamte, die ein Auto kontrollieren wollten, zu Boden.

Schließlich wurden die Demonstrierenden, aus deren Reihen die Angriffe erfolgt waren, durch die Polizei eingekesselt. Bis zum frühen Morgen hatte die Polizei 524 Personalien aufgenommen. Zwei Personen wurden in Gewahrsam genommen, eine von ihnen wegen Widerstands festgenommen.

Ver mehrt wurden auch Anschläge auf die Bundeswehr verübt. Unbekannte Täter setzten in der Nacht vom 05. auf den 06.06.2025 vermutlich mittels eines Grillanzünders auf einem Werkstattgelände in Soltau sechs Lastkraftwagen der Bundeswehr in Brand. Fünf Fahrzeuge wurden schwer beschädigt, ein Lkw brannte vollständig aus. Auch die Umfriedung des betroffenen Geländes wurde durch das Feuer beschädigt. Es entstand ein Sachschaden im oberen sechsstelligen Bereich.

Am 07.06.2025 erschien u. a. auf einer linksextremistischen Internetseite ein anonymes Bekenner schreiben, in dem die Tat vor allem mit antimilitaristischen Beweggründen zu rechtfertigen versucht wurde. So heißt es dort u. a., dass man die Bundeswehr angegriffen habe, weil sie ein „relevanter Player in der autoritären, patriarchalen Zurichtung der Gesellschaft“ sei. Ferner verstehe sich der Anschlag als eine Solidaritätsaktion für die in Ungarn inhaftierte nonbinäre Person namens „Maja“ und die in der Justizvollzugsanstalt Vechta einsitzende mutmaßliche frühere RAF-Terroristin Daniela Klette.

Da die „Bundeswehr in den nächsten Jahren allgegenwärtig in unsere Leben eingreifen und wieder ein relevanter Player in der autoritären, patriarchalen Zurichtung der Gesellschaft werden [wird]“, fordern die Verfasser abschließend:

*„Greifen wir sie auf allen Ebenen an!“*

Bereits am 13.03.2018 hatten unbekannte Täter auf dem Firmengelände desselben Kfz-Werkstattbetriebs in Soltau einen abgestellten Bundeswehr-Lkw vermutlich mittels Grillanzünder in Brand gesetzt. Ein weiterer Bundeswehr-Lkw wurde durch das übergreifende Feuer beschädigt. Auch damals folgte unmittelbar auf die Tat ein Selbstbezeichnungsschreiben auf einem linksextremistischen Internetportal.

In Rehburg-Loccum (Landkreis Nienburg/Weser) wurden am 17.01.2025 zwei Pkw eines dunkelhäutigen Bundeswehr-Offiziers mit Migrationshintergrund mit Hilfe eines Grillanzünders in Brand gesetzt. An das Garagentor hatten die unbekanntes Täter das Wort „Nazi“ gesprüht.

Auch die Diskussion um die Wiedereinführung einer Wehrpflicht greifen Linksextremisten auf. So protestierten sie z. B. am 13.10.2025 in Braunschweig mit einer großflächigen Plakataktion gegen Krieg, Wehrpflicht und Militarisierung. Auf einem linksextremistischen Internetportal betonten die Initiatoren:

*„Diese Aktion versteht sich als deutlicher Einspruch gegen Kriegslogik und Aufrüstung – und als Appell, die Debatte über Militarisierung aus der politischen Bühne zurück auf die Straße zu holen.“*

Parteien wie die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP), die ihr nahestehende Jugendorganisation „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) oder die „Antifa Jugend Göttingen“ riefen zum Kampf gegen den „Pestherd des deutschen Militarismus“ auf und mobilisierten gemeinsam mit demokratischen Organisationen zu einem bundesweiten Schulstreik gegen die Wehrpflicht am 05.12.2025. In der Nacht nach dem Schulstreik verübten unbekannte Täter mit Buttersäure und Farbe einen Anschlag auf eine Kaserne in Hannover. In einem kurz darauf auf einem linksextremistischen Internetportal veröffentlichten Bekennerschreiben heißt es:

*„Wir haben der Kurt-Schuhmacher-Kaserne nach dem durchwinken der Wehrpflicht am Freitag einen kleinen Besuch abgestattet und ihnen die Rechnung dafür gegeben“*

Das Selbstbeichtigungsschreiben endet mit den Worten:

*„Fick dich Deutschland, Fick dich Bundeswehr!“*

Bereits zuvor hatte u. a. die SDAJ Göttingen zu einer „Kundgebung gegen die Wehrpflicht und andere Zwangsdienste“ am 13.09.2025 in Göttingen aufgerufen.

## Klimaschutz

Der Klimaschutz ist ein Thema, das die Menschen bewegt. Um der globalen Erderwärmung und ihren Folgen entgegenzuwirken, hat sich in den letzten Jahren eine weltweit agierende Klimaschutzbewegung formiert. Ihr Ziel ist es, Druck auf die Regierungen auszuüben, um den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase drastisch zu verringern und die globale Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten zu begrenzen.

Die von der Klimaschutzbewegung initiierten globalen Klimastreiktage haben deutlich gemacht, dass Linksextremisten auch in Niedersachsen versuchen, die Klimaschutzbewegung für ihre Interessen zu vereinnahmen. Dabei folgen sie ihrer Strategie, gesellschaftlich relevante Themen aufzugreifen, um mit diesen bis in die Mitte der Gesellschaft anschlussfähig zu sein. Vor allem postautonome Gruppierungen wie die „Interventionistische Linke“ (IL) versuchen, strategische Bündnisse mit dem demokratischen Spektrum zu schließen, um dieses für ihre Interessen zu instrumentalisieren und mittelfristig zu radikalisieren.

So ist die IL bereits seit längerem ein steuernder Faktor in dem links-extremistisch beeinflussten Klimabündnis „Ende Gelände“ (EG). Unter dem Motto „System Change not Climate Change“ wendet sich das Bündnis EG gegen die weitere Nutzung der Braun- und Steinkohle und fordert eine „Abkehr vom fossilen Kapitalismus.“



Auf ihrer Internetseite beansprucht die IL die Gründungsinitiative des Bündnisses EG für sich, wenn sie schreibt:

*„Mit Ende Gelände haben wir ein unglaublich großes Ding geschaffen.“*

(Internetseite der IL, 03.12.2025)

Radikalisierte Teile der Klimaschutzbewegung agieren zunehmend militanter, um ihre Ziele zu erreichen. Vor allem der E-Automobilkonzern Tesla und sein Firmenchef Elon Musk sind seit geraumer Zeit insbesondere wegen ihrer Unternehmenspolitik globales Feindbild. Beanstandet werden vor allem die bei Tesla vorherrschende Arbeitskultur, die Geschäftspraktiken, die Arbeitssicherheit und die durch den Konzern zu verantwortenden Umweltzerstörungen.

In Deutschland protestieren immer wieder demokratische Bürgerinitiativen vor allem im Rahmen sogenannter Aktionswochen an zahlreichen Standorten von Tesla gegen deren Firmenpolitik. Zugleich versuchen Linksextremistinnen und Linksextremisten, den Protest für ihre Interessen zu instrumentalisieren und langfristig zu radikalisieren. So gibt es immer wieder auch gewaltsame Aktionen gegen Tesla. Bereits 2021 wurde ein Anschlag auf die damalige Baustelle von Tesla in Grünheide bei Berlin verübt. Die Zerstörung eines Strommasts in Grünheide führte am 05.03.2024 zu einem weitreichenden Stromausfall und somit zu einem Produktionsstopp des zwischenzeitlich fertiggestellten Teslawerks, der einen Milliardenschaden verursachte. In beiden Fällen haben sich sogenannte links-extremistische Vulkangruppen<sup>109</sup> auf einem linksextremistischen Internetportal zu den Taten bekannt.

Am 29.03.2025 brannten auf dem Betriebsgelände der Tesla-Niederlassung in Ottersberg (Landkreis Verden) sieben Elektroautos der Marke Tesla vollständig aus. Zwar konnte die Feuerwehr ein Übergreifen der Flammen auf das Firmengebäude verhindern, dennoch entstand ein Schaden von mehreren hunderttausend Euro. Die Polizei geht von Brandstiftung aus. Möglicherweise besteht ein Zusammenhang mit den vom 29.03. bis zum 12.04.2025 stattgefundenen globalen Protestwochen „Tesla Takedown“. Sie richteten sich gegen den E-Auto-Hersteller Tesla und seinen Eigentümer Elon Musk.

Bereits am 23.03.2025 hinterließen unbekannte Täter in Hannover zahlreiche Graffiti und Schmierereien an Fahrzeugen, Hauswänden, Stromkästen und Garagentoren. Im Fokus standen am Straßenrand geparkte E-Autos der Marke Tesla, die mit gegen den Besitzer der Tesla-Werke gerichteten Parolen wie „Fuck Elon“ und „Burn Elon“ besprüht worden waren. Ihre linksextremistische Einstellung verdeutlichten die Täter mit aufgesprühten Symbolen wie „Hammer-und-Sichel“, dem „A im Kreis“ (Anarchismussymbol) und der Abkürzung „161“, die für die „Antifaschistische Aktion“ steht.

<sup>109</sup> Bei den „Vulkangruppen“ handelt es sich um eine oder mehrere linksextremistische Gruppen, die zwischen 2011 und 2026 zahlreiche Anschläge auf die Infrastruktur, insbesondere auf den Bahnverkehr und auf Telekommunikationsleitungen in und um Berlin verübt haben. Sie haben dabei Schäden in Millionenhöhe verursacht. Die Namensgebung geht zurück auf einen Vulkanausbruch auf Island 2010, wodurch es europaweit zu massiven Einschränkungen des Flugverkehrs kam.

### „Antigentrifizierung“

Wohnraummangel, hohe Mieten, städtebauliche Umstrukturierungen, die Veränderungen von wohnräumlich und sozial gewachsenen Strukturen und damit einhergehende gesellschaftspolitische Spannungen sind Themen, die Menschen bis in die Mitte der Gesellschaft bewegen. Im Gegensatz zum demokratischen Protest, der sich gegen die Umgestaltung von Stadtteilen aus Sorge vor zunehmendem Mangel an bezahlbarem Wohnraum und dem drohenden Verlust des originären Stadtteilcharakters richtet, dient diese Auseinandersetzung Linksextremistinnen und Linksextremisten auch als Plattform für ihren Kampf gegen den demokratischen Rechtsstaat. Sie nutzen diese Gentrifizierungsdebatten, um eigene Interessen in den Diskurs um hohe Mieten und knappen Wohnraum einfließen zu lassen und um Militanz in die Proteste gegen diese Entwicklung hineinzutragen. Darüber hinaus geht es ihnen immer auch um die Schaffung und Bewahrung sogenannter Freiräume, wie sie „Autonome Zentren“ darstellen. Sie dienen der autonomen Szene als Rückzugsräume zur Planung politischer Agitation und (gewalttätiger) Aktionen.

Als Teil der Auseinandersetzung um diese sogenannten Freiräume haben die „Kämpfe gegen Gentrifizierung“ in den autonomen Spektren der großen Ballungsräume, wie z. B. in Berlin und Hamburg oder in Leipzig und Bremen große Bedeutung. Es werden immer wieder teils schwerwiegende Sachbeschädigungen und Brandanschläge, vorwiegend gegen Immobilienfirmen und Infrastruktureinrichtungen verübt. Vor allem Wohnungsunternehmen wie „Vonovia“ wird vorgeworfen, Mieterinnen und Mieter aus ihren Wohnungen zu verdrängen, um diese dann aufwändig zu sanieren und teuer neu zu vermieten.

Auch die niedersächsische linksextremistische Szene griff dieses Thema auf. So besetzten am 12.04.2025 mehrere Personen ein leerstehendes Werkstattgebäude in Hannover. Die Besetzerinnen und Besetzer hängten Transparente aus den Fenstern, zündeten bunte Rauchtöpfe und kletterten auf das Dach eines kleinen Kiosks. Anschließend verließen sie freiwillig das Gelände. Mit dieser Aktion protestierten sie gegen die Abrisspläne des Eigentümers, der an dieser Stelle den Bau hochpreisiger Eigentumswohnungen plant.

### Kampf gegen Rassismus

Linksextremisten überspitzen ihre Kritik an der aktuellen Asyl- und Flüchtlingspolitik und am Handeln von Ausländerbehörden, Polizei und Gerichten zum Vorwurf eines „systemimmanenten“ Rassismus. Staatliche Repräsentanten und Akteure werden damit auf eine Stufe mit Rechtsextremisten gestellt und so Forderungen nach der Abschaffung des politischen Systems legitimiert. Vor diesem Hintergrund wenden sich Teile des niedersächsischen linksextremistischen Spektrums gegen die deutsche Asyl- und Abschiebep Praxis und solidarisieren sich mit den von Abschiebung bedrohten Flüchtlingen. Das Aktionsfeld „Antirassismus“ spielte aber auch 2025 eine eher untergeordnete Rolle für die autonome Szene in Niedersachsen.

In der Nacht vom 19. auf den 20.04.2025 wurde in Folge eines polizeilichen Schusswaffeneinsatzes eine Person mit Migrationshintergrund in Oldenburg tödlich verletzt. Der Vorfall zog kontroverse Debatten nach sich, insbesondere die Verhältnismäßigkeit der polizeilichen Maßnahmen wurde hinterfragt. Gegen diesen Polizeieinsatz demonstrierten am 25.04.2025 mindestens 8.000 Menschen in Oldenburg. Auch in Hannover und in Braunschweig beteiligten sich auch Linksextremisten an Protesten. In der folgenden Nacht wurden in Oldenburg zwei Brandsätze auf ein Lokal geworfen, das dem Betreiber der Diskothek gehört, die dem Getöteten am Ereignisabend keinen Eintritt gewährte.

### Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Vor dem Hintergrund des offensiven Auftretens rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Parteien und Gruppierungen wird der „Antifaschismus“ auch 2026 im Mittelpunkt der Aktivitäten der autonomen Szene in Niedersachsen stehen. Der Kampf gegen Rechtsextremisten bzw. gegen Personen, die Linksextremisten als solche ansehen, gehört zu den zentralen Anliegen auch der niedersächsischen linksextremistischen Szene. Die konstanten Wahlerfolge der AfD und ihre kontinuierliche Präsenz in der parteipolitischen Landschaft der Bundesrepublik dürfte die linksextremistische Szene darin bestärken, langfristig entschlossen gegen den aus ihrer Perspektive „faschistoiden“ demokratischen Rechtsstaat vorzugehen. Über das gesamte Jahr 2026 muss mit Übergriffen auf

Informationsstände der AfD ebenso gerechnet werden wie mit Versuchen, Veranstaltungen dieser Partei zu stören bzw. zu verhindern. Vor allem die Kommunalwahlen in Niedersachsen am 13.09.2026 dürften dabei im Fokus von Linksextremisten stehen. Körperliche Übergriffe auf einzelne AfD-Funktionsträger und -innen können dabei ebenso wenig ausgeschlossen werden wie gezielte Anschläge auf deren Eigentum.

Aufgrund des andauernden russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, der damit einhergehenden Einführung eines neuen Wehrdienstes mit verpflichtender Erfassung und Musterung für Männer und einer umfangreichen Aufrüstung werden neben Einrichtungen der Bundeswehr und der NATO vor allem Rüstungsunternehmen und deren Zulieferer im Blickpunkt von Linksextremisten bleiben. Von der Beteiligung von Linksextremisten an den Protesten gegen die NATO, das neue Wehrdienstgesetz und die Bundeswehr im Allgemeinen und ihr öffentliches Auftreten im Besonderen muss ebenso ausgegangen werden wie von Protesten gegen westliche Waffenlieferungen, z. B. an die Ukraine oder die Türkei und gegen die daran beteiligten Rüstungskonzerne. Linksextremistisch motivierte Straftaten gegen Einrichtungen der NATO und der Bundeswehr sowie gegen Unternehmen und Zulieferbetriebe der Rüstungsindustrie können künftig ebenfalls nicht ausgeschlossen werden.

Sollten Themen wie der Ukraine- und der Nahost-Krieg in den Hintergrund rücken, könnte der Klimaschutz wieder von größerer Bedeutung für die linksextremistische Szene werden. Mit Störaktionen gegen Energieunternehmen, aber auch mit Besetzungen von für den Abbau fossiler Brennstoffe bestimmter Gebiete, müsste dann wieder bundesweit als auch in Niedersachsen vermehrt gerechnet werden.

Die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt, vor allem die steigenden Mieten und die Stadtteilumgestaltungen lassen den Schluss zu, dass das Thema „Antigentifizierung“ auch in Zukunft Anklang in der autonomen Szene finden wird. Auch in Niedersachsen muss deshalb mit weiteren Aktionen wie Hausbesetzungen gerechnet werden.

Das Jahr 2025 hat gezeigt, dass die Hemmschwelle zur Anwendung von Gewalt auch gegen Menschen in Teilen der linksextremistischen Szene weiterhin niedrig ist. Linksextremisten scheinen vermehrt auch in Form klandestiner Kleingruppen zu agieren. Das hat die Gewalt gegen Repräsentanten des Staates und gegen Rechtsextremisten bzw. gegen Personen, die Linksextremisten als solche ansehen, gezeigt. Künftig muss daher auch mit weiteren Übergriffen, insbesondere in Kleingruppentaktik, auf Polizisten sowie auf Personen, die Linksextremisten als Rechtsextremisten ansehen, gerechnet werden.

Für die weitere Entwicklung des Linksextremismus in Niedersachsen und der Bundesrepublik dürfte auch die Situation innerhalb der postautonomen Szene relevant sein. Sollte sich auch 2026 vor allem die Kritik an der IL und die damit einhergehenden Auflösungserscheinungen von IL-Ortsgruppen fortsetzen, könnte das postautonome Projekt zunehmend an seine Grenzen stoßen oder womöglich scheitern. Welche Auswirkungen eine solche Entwicklung auf die Organisation und Durchführung vor allem von Protestaktionen der autonomen Szene im Allgemeinen und auf die postautonomen Bündnisse im Besonderen hat, bleibt abzuwarten.

## 4.5 Anarchisten

---

<b>Sitz/Verbreitung</b>	Mit Ausnahme der „Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union“ (FAU) existieren in Niedersachsen keine gefestigten anarchistischen Strukturen. Die FAU unterhält in Göttingen, Hannover und Lüneburg einzelne Ortsgruppen.
<b>Mitglieder/Anhänger/ Sympathisanten</b>	Niedersachsen: 70 ↗
<b>Publikationen</b>	„Gai Dao“ (Publikation der „Föderation deutschsprachiger Anarchisten“; monatlich), „Direkte Aktion“ (Onlinepublikation der FAU; unregelmäßig)

---

---

Finanzierung

Finanzierung von Aktionen und Kampagnen durch Spenden sowie Solidaritätsveranstaltungen, bei der FAU auch Mitgliedsbeiträge

---

Kurzportrait/Ziele

Neben dem Kommunismus ist der Anarchismus der zweite grundlegende Ideologiestrang des Linksextremismus. Beide Strömungen setzen sich dafür ein, die bestehende Ordnung zu überwinden. Anarchisten streben die unmittelbare Errichtung einer herrschaftsfreien Gesellschaftsordnung an, in der der Mensch von allen politischen, ökonomischen, religiösen und kulturellen Zwängen befreit leben kann.

Im Anarchismus nimmt die individuelle Freiheit den höchsten Stellenwert ein. Vor diesem Hintergrund negieren Anarchisten sämtliche Hierarchie- und Herrschaftsformen.

Zudem sprechen sie nicht nur dem Staat und seinen Institutionen, sondern ebenso der (sozialen) Marktwirtschaft jegliche Existenzberechtigung ab. Als kleinste Einheit des anarchistischen Zusammenlebens gilt die sogenannte Kommune, im ökonomischen Bereich wird die Gründung föderal strukturierter Genossenschaften und Syndikate angestrebt. Der Anarchismus ist aber keineswegs als geschlossener Theorieblock zu verstehen. Vielmehr verbergen sich hinter dem Begriff verschiedene Strömungen mit zum Teil sehr unterschiedlichen Konzepten. Unter den niedersächsischen Anarchisten ist der eher praxisorientierte Anarchosyndikalismus am stärksten vertreten.<sup>110</sup> Er entstand im 19. Jahrhundert und fußt auf der Idee revolutionärer Basisgewerkschaften. So orientiert sich z. B. die FAU an anarchosyndikalistischen Konzepten.

---

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Gemeinsames Ziel aller anarchistischen Gruppierungen ist es, den Staat und seine Institutionen abzuschaffen und durch eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ zu ersetzen. Hiermit richten sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und sind demnach verfassungsfeindlich (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG).

<sup>110</sup> Unter „Anarchosyndikalismus“ versteht man eine gewerkschaftliche Organisation, die auf anarchistischen Prinzipien beruht. Der „Anarchosyndikalismus“ knüpft an die kollektiven, kommunistischen und solidarischen Varianten des Anarchismus an und überträgt diese auf die gewerkschaftliche Arbeit. Er will die Lohnabhängigen nach den Prinzipien von Selbstbestimmung, Selbstorganisation und Solidarität organisieren.

### Ereignisse und Entwicklungen

Zu einer der größten anarchosyndikalistischen Gruppierungen in Deutschland zählt die 1977 gegründete „Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union“ (FAU). Sie ist eine bundesweite Föderation aus



unabhängigen lokalen Einzel- und Branchengewerkschaften, sogenannten Syndikaten, und versteht sich als eine nach basisdemokratischen Prinzipien aufgebaute Gewerkschaft. Das „Allgemeine Syndikat der FAU Hannover“ (AS Hannover) und das „Allgemeine Syndikat der FAU Göttingen“ sind die einzigen

gefestigten anarchistischen Strukturen in Niedersachsen. Sie sind Teil der Gewerkschaftsföderation der FAU.

In den Grundsätzen des AS Hannover heißt es unter der Überschrift „Die neue Gesellschaft in der Schale der alten aufbauen“:

*„Eine Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft muss an deren Basis ansetzen und setzt Alternativen zu zentralistischen Staatsstrukturen voraus.“*

(Internetseite des AS Hannover, 26.11.2025)

Was das AS Hannover damit meint, verdeutlicht es in ihrem Selbstverständnis:

*„In diesem Sinne verfolgt das Allgemeine Syndikat der FAU Hannover eine sozialrevolutionäre Strategie. Wir zielen also auf eine Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse ‚von unten‘ ab.“*

(Internetseite des AS Hannover, 20.11.2025)

Die „Grundprinzipien des Syndikalismus“ konkretisiert die FAU u. a. in einem Grundlagentext, der ebenfalls auf der Internetseite der Organisation aufrufbar ist. In den beiden Kapiteln „Grundsätze und Ziele“ sowie „Kritik der bestehenden Verhältnisse“ hält die FAU für ihre Arbeit fest:

*„Wir streben die Überwindung des Kapitalismus an. ...  
Wir beziehen uns [dabei] auf die Ideen des Anarchosyndikalismus. ...“*

(Internetseite der FAU, 26.11.2025)

Ihr erklärtes Ziel ist

*„... eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die auf kollektiver Selbstverwaltung basiert ...“*

(Internetseite der FAU, 26.11.2025)

In der Praxis bedeutet dieses, dass die FAU

*„... eine libertäre, klassenlose Gesellschaft an[strebt], in der alle Menschen gemäß ihren Bedürfnissen leben und ihre Fähigkeiten frei entfalten können.“*

(Internetseite der FAU, 26.11.2025)

Der von der FAU anvisierte Systemwechsel soll dabei von basisdemokratisch strukturierten Lokal- und Betriebsgruppen organisiert werden, die unter Rückgriff auf direkte und zum Teil auch militante Aktionsformen, wie z. B. Fabrikbesetzungen, Streiks und Sabotageaktionen, vor Ort agieren sollen.

Im Rahmen ihrer Gewerkschaftsarbeit setzt sich die FAU für bessere Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein. Sie unterstützt sie in prekären Situationen und stellt juristische Hilfe bereit. Mit ihrem Engagement für Gewerkschaftsbelange und ihrer Solidarität mit streikenden Arbeiterinnen und Arbeitern versucht die FAU aber immer auch anschlussfähig an demokratische Organisationen zu sein. Zugleich möchte sie auf diesem Wege neue Mitglieder für ihre systemablehnenden Ziele gewinnen.

Neben Ortsgruppen in Göttingen und Hannover gibt es seit 2023 auch eine FAU-Ortsgruppe in Lüneburg.

Die FAU Ortsgruppe Göttingen führt regelmäßig eine monatliche Beratungsstunde durch und betreibt ein „FAU-Lokal“. Die Ortsgruppe bildete im Rahmen der Demonstration zum 1. Mai am 01.05.2025 gemeinsam mit den Göttinger Ortsgruppen der postautonomen Bündnisse „IL“ und „uG“ einen aus Anarchisten und Kommunisten bestehenden „schwarz roten Block“<sup>111</sup>. Ferner

<sup>111</sup> Das „schwarz“ steht in diesem Bündnis farblich für die anarchistische Bewegung und das „rot“ für die kommunistische.



Social-Media-Post zur Bedeutung des 1. Mai auf den Accounts des Verfassungsschutzes Niedersachsen

fanden vom 06. bis zum 09.06.2025 unter Beteiligung der FAU die sogenannten Göttinger anarchistischen Tage statt. Sie dienen der Vernetzung der anarchistischen Szene und der Verbreitung ihrer Ideologie.

Im Oktober 2025 startete die FAU Ortsgruppe Hannover den Versuch, mit der „Freien Arbeiter:innen Jugend“ (FAJ) eine eigene Jugendorganisation in Hannover aufzubauen. Über Veranstaltungen – wie etwa den Vortrag zu Grundlagen des Anarchosyndikalismus vom 06.12.2025 – sowie regelmäßig stattfindende offene Treffen versucht die FAU, Nachwuchs zu generieren.

Seit 2017 ist die FAU auch international wieder stärker vernetzt. Nachdem sie nach langjähriger Mitgliedschaft im Dezember 2016 aus der „Internationalen ArbeiterInnen Assoziation“ (IAA) ausgeschlossen wurde, beteiligte sich die Gewerkschaft an mehreren Konferenzen zur Gründung eines neuen internationalen Zusammenschlusses anarchosyndikalistischer Organisationen.

### **Bewertung, Tendenzen, Ausblick**

Im Vergleich zu den autonomen bzw. postautonomen Gruppierungen sind anarchistische Organisationen generell von nachrangiger Bedeutung. Allein aufgrund ihrer Zersplitterung dürfte sich daran auch künftig kaum etwas ändern. Der Anarchosyndikalismus wird auch im Jahr 2026 voraussichtlich der am stärksten wahrnehmbare Teil des anarchistischen Spektrums in Deutschland und Niedersachsen bleiben.